

2015-05-06

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
14.04.2015

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland
Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2015

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 27.01.2015 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 4

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 11.03.2015 erfolgten nichtöffentlichen Beschlussfassungen:

*Vergabe der Planungsleistungen Elektro für das Bauvorhaben Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule „An der Biethel“, Goethestraße 1 (Haus 1) – STARK III – 2. Förderperiode
Vorlage: BV/046/2015/VI-65*

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderungen

5 Einwohnerfragestunde (ca. 16.45 Uhr)

Es wurden keine Anfragen oder Wortmeldungen vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

6.1.1 Ersatzneubau Muldebrücke BW 11

Die Verkehrsfreigabe der Behelfsumfahrung hatte am 27.03.2015 stattgefunden, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Der Abriss des vorhandenen Bauwerks soll nun bis zum 15.06.2015 erfolgen. Die Arbeiten laufen derzeit planmäßig und ohne größere Schwierigkeiten. Bis zum 12.10.2015 sollen Gründung und Unterbauten hergestellt werden, so dass die Verkehrsfreigabe der B185 für den 20.07.2016 geplant ist. Danach soll sich der Rückbau der Behelfsbrücke anschließen. Der Abschluss der Gesamtmaßnahme soll voraussichtlich am 10.11.2016 stattfinden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt äußerte seine Anerkennung gegenüber der Verwaltung. Trotz kritischer Stimmen halte er die Behelfsbrücke für eine gute Lösung.

6.1.2 Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Laut **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, steht die Stellungnahme des Vorhabenträgers zur zweiten Offenlage kurz vor dem Abschluss. Der entsprechende Erörterungstermin ist für den Juni 2015 vorgesehen. Zur Weiterführung des gesamten Prozesses ist jedoch der Einsatz von Finanzmitteln notwendig. Ein Freigabeantrag für diese Planungsmittel in 2015 wurde zunächst von der Kämmerei abgelehnt, mit Hinweis auf die satzungslose Zeit. Eine erneute Beantragung mit differenzierter Begründung ist derzeit in Bearbeitung. Allerdings merkte **Herr Pfefferkorn** an, dass durch diese verzögerte Bereitstellung der Mittel die Gefahr einer Terminverschiebung gegenüber dem vorliegenden Ablaufplan besteht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, gab zu bedenken, dass man mit diesem Verfahren der Beschlusslage des Verkehrsentwicklungsplans folge. Unzufriedenheit über die Verzögerung mache sich sowohl in der Fraktion als auch unter den Bürgern bemerkbar und man stelle sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Prozesse. Auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, unterstützte diese Meinung. Nach seiner Auffassung müsse angesichts des klaren politischen Beschlusses eine schnelle Freigabe durch die Kämmerei erfolgen. Auch die **Fraktion der CDU** teile diese Ansicht, so **Herr Schwabe**. Jegliche Verzögerungstaktik halte man für unangebracht.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sprachen sich dafür aus, dass Beschlusstreue eingehalten werde – sowohl der Stadtrat, als auch die Verwaltung seien an Beschluslagen gebunden. Man äußerte den Willen zur stringenten und konsequenten Fortführung des Verfahrens und stellte diesen Punkt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 0

Der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt fordert die Finanzverwaltung auf, umgehend den Freigabeantrag für die Planungsmittel der Ostrandstraße zu genehmigen.

6.1.3 Parkplatz Flössergasse

Die Nachfrage **Herrn Meiers, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt konnte im Zuge einer Besprechung im Tiefbauamt geklärt werden. Es hatte sich gezeigt, dass die Punkte Bordsteinabsenkungen, Querungshilfen und behindertengerechte Gestaltung bereits in der Planung vorhanden und entsprechend berücksichtigt waren. Weitere Erläuterungen waren demzufolge nicht nötig.

6.1.4 Erläuterungen zum Haushalt 2015

Im Zuge der Diskussionen zum Haushalt 2015 stellten die Amtsleiter des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung, die Projekte für das kommende Haushaltsjahr sowie die damit verbundenen Kosten dar.

Zunächst stellte **Frau Jahn** die wichtigsten Produkte des **Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste** vor. In den Bereichen Bauleitplanung, Städtebaurecht, Denkmalschutz/Denkmalpflege, Grünflächen und Vermessung werden verschiedene Projekte realisiert. Die dafür angemeldeten Mittel sind im derzeitigen Entwurf größtenteils berücksichtigt. In der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses zusammen mit dem Finanzausschuss wurde über das Projekt „Wildnis wagen“ sowie die geplante Anschaffung eines Tachymeters diskutiert. Die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt unterstützten beide Vorhaben jedoch. Die Kosten für die Gestaltung von Sitzelementen im Zuge der Neugestaltung des Dessauer Hauptbahnhofes fand bisher noch keine Berücksichtigung. Hierbei soll eine qualifizierte Fachfirma mit der Erstellung von digitalen Druckvorlagen für Foliendrucke beauftragt werden. Die geplanten Kosten belaufen sich auf etwa 5.000 EUR.

Im Zuge der Erläuterungen zur Fortführung der Arbeiten am Georgium, wollte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wissen, welche künftige Nutzung vorgesehen ist. Er habe von Berichten gehört, nach denen das Georgium nicht nur als Gemädegalerie, sondern auch als Schlossmuseum genutzt werden soll. Hierzu habe jedoch keine Beteiligung der Politik stattgefunden, was er kritisierte. Diese Ansicht unterstützte auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. **Herr Schönemann** bat um

schnelle Aufklärung durch das zuständige Dezernat bzw. Fachamt und zeitnahe Information an die Fraktionen.

Die Aufgabenbereiche des **Amtes für Zentrales Gebäudemanagement** – Verwaltung von städtischen Liegenschaften und technisches Gebäudemanagement – wurden durch **Frau Seelmann** vorgestellt, ebenso die geplanten investiven Maßnahmen. Die angemeldeten Mittel wurden weitestgehend bestätigt. Problematisch gestaltete sich allerdings der Abriss von leerstehenden Gebäuden. Hierbei sind zwei Schulen und eine Industriebrache von besonders hoher Bedeutung. Die Leerstandsverwaltung verursacht der Stadtverwaltung hohe Kosten, außerdem stellen die Gebäude Sicherheitsrisiken dar, die dringend beseitigt werden müssen. Aus diesem Grund, sollte über den sinnvollen Einsatz von Eigenmitteln eventuell noch einmal nachgedacht werden.

Die Nachfrage **Herrn Schönemanns**, wer für den Planungsstopp beim Ersatzneubau Schwimmhalle verantwortlich war, beantwortete **Frau Seelmann** dahingehend, dass es sich hierbei um eine interne Entscheidung der Verwaltung handelte, im Zuge des nicht gefassten Maßnahmebeschlusses. Dies wurde durch **Herrn Schönemann** kritisiert, denn dadurch sei der Wille der Politik nicht stringent umgesetzt worden. **Frau Seelmann** sicherte jedoch zu, dass die dadurch entstandene Verzögerung minimal war.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, hinterfragte die gestiegenen Kosten für Software-Pflege und Bürobedarf. Beides hängt mit dem Erwerb der CAFM-Software und den dafür notwendigen Mitarbeiterschulungen zusammen, so **Frau Seelmann**.

Herr Otto fragte an dieser Stelle an, ob in einer der nächsten Ausschusssitzungen eine Übersicht zur Verfügung gestellt werden könnte, die darstellt, für welche Gebäude die Stadtverwaltung und somit das Amt für Zentrales Gebäudemanagement zuständig ist. Anhand dessen würde ersichtlich, an wen man sich im Falle von Reparaturen wenden kann. Hintergrund seiner Frage waren die augenscheinlichen baulichen Mängel an der Musikschule.

Herr Meister gab an, dass das **Bauordnungsamt** lediglich im Bereich Gefahrenabwehr tätig ist, demzufolge keine Investitionen tätigt und nur Mittel im Ergebnishaushalt veranschlagt. Die veranschlagten Mittel für 2015 werden von ihm positiv gesehen, jedoch werden sich in den nächsten Jahren eventuell Engpässe ergeben.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, stellte die neue Vorgehensweise der pauschalen Zuweisungen im Sinne des Entflechtungsgesetzes dar. Die Stadt wird in den Jahren 2015 bis 2019 jährlich 1.270.800 EUR erhalten. Der Investitionsbedarf vor allem im Bereich des Hauptstraßennetzes ist jedoch weitaus höher. Für die kommenden Jahre wird sich demzufolge wahrscheinlich ein Finanzierungsproblem ergeben. Wenn für Maßnahmen wie die Zerbster Brücke und die Eisenbahnüberquerung 231 im Zuge der L 120 bei Meinsdorf keine Fördermittel bereitgestellt werden, müssten sie aus den Pauschalzuweisungen des Entflechtungsgesetzes finanziert werden. Dies würde zu einer Verschiebung der bisherigen Planung führen. Weiterhin gab **Herr Pfefferkorn** an, dass die im Haushalt veranschlagten Mittel für den Straßenunterhalt nicht ausreichend für eine flächendeckende Unterhaltung sind.

Herr Otto merkte an, dass seines Wissens, Unterhaltungsmittel im Vorjahr nicht vollständig ausgegeben wurden. Zudem gibt es beim Eigenbetrieb Stadtpflege die notwendige Technik, um kleine Reparaturen an den Straßen selbst vornehmen zu können. Er möchte wissen, warum dies nicht so gehandhabt wird. **Herr Schönemann** gab daraufhin zu bedenken, dass der Eigenbetrieb durchaus zum Teil erhebliche Reparaturmaßnahmen umgesetzt hat.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, merkte an, dass man zur Priorität der Junkersstraße im kommenden Finanzausschuss sprechen möchte.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, fragte nach, wie es sein kann, dass im Konsolidierungsprogramm mehrere Stellen im Tiefbauamt zum Abbau stehen, während im Haushaltsentwurf jedoch ein Aufwuchs von fünf Stellen zu verzeichnen ist. Dies sei laut **Herrn Pfefferkorn** durch die Ämterzusammenlegung zu erklären.

Frau Dr. Kegler erläuterte, dass auch das **Amt für Umwelt- und Naturschutz** lediglich für die Umsetzung der Naturschutzgesetze zuständig sei. Die angemeldeten Haushaltspositionen entsprechen in etwa den Vorjahren und wurden berücksichtigt.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. **Herr Schönemann** bedankte sich für die Ausführungen der Fachämter, bat jedoch darum, dass im nächsten Jahr die Haushaltsproblematik zuerst in den Fachausschüssen behandelt werden soll, bevor sie zur Abstimmung in den Haupt- und Finanzausschuss geht. Abschließend bat **Herr Schönemann** darum, dass den Fraktionen eine Übersicht der bisher nicht im Haushalt berücksichtigten Punkte zur Verfügung gestellt wird.

6.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, fragte nach dem aktuellen Stand zur Informationstafel am Roßlauer Schöpfwerk. Es hätte Anfragen gegeben, warum die Tafel noch nicht aufgestellt wurde. **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, gab an, dass die Ortsbürgermeisterin Frau Müller an sie herangetreten war, ob die Verwaltung Einwände zum Standort der Tafel hätte. Daraufhin hatte Frau Dr. Kegler angeboten, alle notwendigen Punkte dem Amt für Umwelt- und Naturschutz hinsichtlich einer Prüfung und Koordinierung zur Verfügung zu stellen. Dies sei bisher noch nicht geschehen, so dass sie hierzu keine weiteren Angaben machen konnte.

Herr Meier sprach weiterhin die Problematik der Spurführung auf der Behelfsmuldebrücke an. Bereits des Öfteren hatte man ihm berichtet, dass diese sehr unübersichtlich wäre. Laut **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, sowie **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, sei nichts Derartiges an die Verwaltung heran getragen worden. **Herr Böwing, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung**, äußerte sich dahingehend, dass man die Problematik von Seiten der Verkehrsbehörde aufgegriffen habe und versuche, mithilfe verschiedener verkehrstechnischer Mittel der Unübersichtlichkeit entgegenzuwirken.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, informierte darüber, dass der Entwurf einer Beschlussvorlage zum Thema Stadtbrunnen an die die anderen Fraktionen sowie an die Verwaltung gegeben wurde. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, begrüßte diesen Vorschlag und fügte hinzu, dass auch der Kunstverein Überlegungen in diese Richtung gemacht hätte. Nach seiner Ansicht sollte der Verein stärker in die Thematik eingebunden und unterstützt werden. Dies bestätigte auch **Herr Otto**. Die Verwaltung sollte mit dem Verein in Kommunikation treten.

Daraufhin stellte **Herr Otto** den Antrag, den TOP 8.8 vorzuziehen. Dagegen gab es keine Einwände.

7 Öffentliche Informationsvorlagen

7.1 Aktualisierung des Durchführungsdokuments für die Trinkwasser-Notversorgung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/006/2015/VI-83

In vier genannten Orten kann der Bedarf laut Informationsvorlage nicht gedeckt werden, so **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**. Er bat um Erläuterung, wie an diesen Stellen im Notfall gehandelt wird.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, gab zu bedenken, dass pro Person und Tag 15 Liter Wasser zur Verfügung stehen müssen. Wie das dann tatsächlich gehandhabt wird, muss im Bedarfsfall eine entsprechende Arbeitsgruppe entscheiden. Das Durchführungsdokument ist für den Verteidigungsfall gedacht. Eine Notfallversorgung wird für alle gewährleistet. Neben den 35 Notwasserbrunnen und Feuerlöschbrunnen hätte mittlerweile fast jedes Privatgrundstück einen Brunnen, so **Frau Dr. Kegler**. Das Amt für Umwelt- Und Naturschutz müsse gegebenenfalls lediglich die Qualität prüfen.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Information über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau "Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord" und zur 2. Änderung und zugleich Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 147 "Schlachthof Dessau-Nord" mit örtlichen Bauvorschriften Vorlage: IV/010/2015/VI-61

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es wurden keine weiteren Anfragen vortragen. Weitergehende Informationen gab es ebenfalls nicht.

8 Öffentliche Beschlussfassungen

8.1 Berichtigung des Flächennutzungsplanes des Stadtteiles Dessau Vorlage: BV/053/2015/VI-61

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, regte an, künftig auf Bauleitplänen die Grundkarten zu aktualisieren.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, gab daraufhin an, dass man den ursprünglichen Flächennutzungsplan nicht dahingehend ändern könnte. Auch aus diesem Grund soll ein neuer Plan aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

8.2 Berichtigung des Flächennutzungsplanes des Stadtteiles Roßlau Vorlage: BV/054/2015/VI-61

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kritisierte entschieden, dass in den Anlagen der Beschlussvorlage anstelle „Stadtteil Roßlau“ „Stadtteil Dessau“ steht. Ein solcher Fehler dürfe nicht passieren.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, erkannte dies an und sicherte eine dementsprechende Änderung der Anlagen zu.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde die Beschlussvorlage durch den **Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Herrn Schönemann**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, geändert bestätigt.

8.3 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Dessau-Roßlau - Einleitungsbeschluss **Vorlage: BV/062/2015/VI-61**

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte seine Bedenken hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neuaufstellung. Diese sei mit Kosten und Personalaufwand verbunden. Weiterhin wurden die Flächennutzungspläne für Dessau und Roßlau gerade aktualisiert, so **Herr Otto**. Er fragte deshalb, ob ein neuer Flächennutzungsplan jetzt tatsächlich notwendig sei oder ob nicht vielmehr andere Projekte Vorrang haben sollten.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, gab daraufhin zu bedenken, dass die Flächennutzungspläne für Dessau und Roßlau jeweils eine Planungszielzahl von 2010 hatten. Jede Verwaltungshandlung, die 5 Jahre später auf dieser Basis vorgenommen wird, sei nach ihrer Einschätzung angreifbar. Zudem bestehe von Seiten der Landesverwaltung der Auftrag, sich mit Hochwasserschutz zu beschäftigen. Auch dafür müsse der Plan angepasst werden. Dieses langwierige Prozedere sollte frühzeitig in Gang gesetzt werden.

Die Frage **Herrn Schönemanns, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die Planungszielzahlen für Bauleitpläne gesetzlich vorgegeben sind, beantwortete **Frau Jahn** dahingehend, dass Flächennutzungspläne mittelfristig gelten, also etwa 10 bis 15 Jahre. Grundlage dafür sei die Einwohnerzahl. Da diese in den vergangenen Jahren gesunken ist, hat sich die Basis verändert, wodurch eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans notwendig ist.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

8.4 Beseitigung von Hochwasserschäden in der Stadt Dessau-Roßlau **Novellierung des Maßnahmeplanes für die Maßnahme 75 - Schäden** **touristische** **Wanderwege** **Vorlage: BV/068/2015/VI-66**

Eingangs stellte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, die Frage, in welcher Form der Weg am Tiergarten erneuert werden soll und ob der Radweg am Stadion berücksichtigt werden soll.

Frau Jung, Tiefbauamt, stellte daraufhin zunächst die Überlegungen der Verwaltung vor. Nach dem Hochwasser von 2002 hatte ein Kampf mit Behörden stattgefunden, wodurch viele Wege nicht nachhaltig instandgesetzt werden konnten und 2013 erneut zerstört wurden. Nun sollen die zur Verfügung stehenden Fördermittel mit Hinblick auf größtmögliche Nachhaltigkeit eingesetzt werden. Hierbei kommt es jedoch zur Kollision mit dem Naturschutz, so **Frau Jung**. Der vorliegende Beschluss ist notwendig, um Fördermittel für die anstehenden Aufgaben erhalten und entsprechend einsetzen zu können. Die Frage **Herrn Meiers** hin-

sichtlich des Radweges am Stadion beantwortete **Frau Jung** dahingehend, dass dieser noch in das Programm aufgenommen werden kann.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bittet darum, dass man, im Zuge der Übersichtlichkeit, den Lageplan mit entsprechender Nummerierung versieht und den Fraktionen zur Verfügung stellt. Dies wurde durch **Frau Jung** zugesichert.

Weiterhin zeigte sich **Herr Otto** verwundert darüber, dass die Luisiumsallee in Waldersee asphaltiert werden soll, ohne dass der Ortschaftsrat davon Kenntnis hat. **Frau Jung** erwiderte daraufhin, dass es sich hierbei nicht um ein Projekt des Straßenausbaus handele, sondern dass man die Beseitigung von Hochwasserschäden voranbringen wollte. Darauf entgegnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass eine Beteiligung der Betroffenen trotzdem notwendig sei. Dies bekräftigte **Herr Otto** durch seine Meinung, er wolle als Politiker nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Tatsächlich wünsche sich der Ortschaftsrat Waldersee einen anderen Weg. **Herr Säbel, Tiefbauamt**, betonte, dass der Ortschaftsrat durch das Referat 08 über das Vorhaben in der Luisiumsallee informiert wurde. Eine schriftliche Ausreichung war bisher noch nicht möglich, da die Förderzusage noch nicht vorlag. Der durch Herrn Otto benannte Weg, liegt nicht im Überflutungsgebiet und war nicht in dem Maße geschädigt worden. Weiterhin ist der Teil der Luisiumsallee als Deichverteidigungsweg von besonderer Bedeutung. Zudem war dem Protokoll der Ortschaftsratssitzung nicht zu entnehmen, dass ein solcher Unmut über das Vorhaben bestehe, wie durch Herrn Otto beschrieben. Auch die Kulturstiftung stehe dem positiv gegenüber, meinte **Herr Säbel** in Beantwortung der Nachfrage **Herrn Fackiners, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**.

Weitere Vorschläge von **Herrn Meier** und **Herrn Otto** sollen durch die Verwaltung geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**8.5 Entlastung und Berufung eines vertretenden Mitglieds für den Beirat für Stadtgestaltung
Vorlage: BV/071/2015/VI-61**

Es bestand kein weiterer Einführungsbedarf. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

8.6 Befreiung von den Festsetzungen der Satzung über die Erhaltung und Gestaltung für das Gebiet a) Funkplatz, b) Albrechtstraße und

Albrechtsplatz, c) Lidiceplatz, d) Medicusstraße und die Erteilung der Genehmigung
Vorlage: BV/072/2015/VI-61

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, bat um Erläuterung. Laut **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gebe es Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf einem freien Grundstück, welches sich jedoch nicht ganz in die Umgebung einfügt. Die Satzung gibt jedoch die Möglichkeit einer Befreiung von den Festsetzungen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, unterstützte diese Vorgehensweise mit dem Hinweis auf eine städtebauliche Weiterentwicklung.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

8.7 Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles - Kostenfeststellung
Vorlage: BV/079/2015/VI-65

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bat um Bereitstellung der alten Maßnahmebeschlüsse, um die Kostenentwicklung nachvollziehen zu können. Weiterhin bat er um konkretes Zahlenmaterial hinsichtlich des Eigenmittel- und Fördermittelanteils. Beides wurde durch **Herrn Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, zugesichert.

In diesem Zusammenhang äußerte **Herr Otto** auch sein Unverständnis darüber, dass sich die Kosten für den Rohbau verdoppelt hätten. Das Projekt war nie eine Standardlösung, so **Frau Seemann, Amt für Zentrales Gebäudemanagement**. Die Verwaltung und auch die Unternehmen mussten sich Stück für Stück der technischen Umsetzung annähern, wobei das architektonische Grundkonzept beibehalten werden sollte. Dies unterstützte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Seiner Meinung nach hatte die Aufgabenstellung von Anfang an experimentellen Charakter.

Trotzdem hielt **Herr Otto** die Beschlussvorlage ohne weiteres entsprechendes Material nicht für beschlussfähig. Er wollte, dass die Verantwortlichkeiten geklärt werden. **Herr Schönemann** bat jedoch darum, zu beachten, dass sich letztlich an den Kosten nichts mehr ändern lasse. Die Vorgaben der HOAI hätten eine solche Kostenentwicklung möglich gemacht. Stattdessen sollte man bei künftigen Projekten versuchen, Sicherheitsanker einzubauen, damit sich diese Situation nicht wiederholt. **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, schloss sich der Aussage Herrn Schönemanns an.

Abstimmungsergebnis:

5 : 2 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde bestätigt.

**8.8 9. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau und zugleich Einleitungsbeschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 63 " Photovoltaik am Dessauer Flugplatz" - vorbehaltlich der Zustimmung der OB-Runde
Vorlage: BV/082/2015/VI-61**

Nachdem die Fraktionen weitestgehend ihre Unterstützung des Vorhabens dargestellt hatten, stellte der **Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Herr Schönemann**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**8.9 Änderung der kommunalen Richtlinie für die Stadt Dessau-Roßlau zur Mittelvergabe aus dem Zentrenprogramm der Städtebauförderung "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASO)" Instrument: Verfügungsfonds
Vorlage: BV/087/2015/LBF/GR**

Herr Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, führte hierzu aus, dass man von der Vorlage überrascht war. Zudem war die Verwaltung im Vorfeld nicht konsultiert worden. Das Anliegen ist nachvollziehbar, Schwierigkeiten sehe man jedoch im Vollzug. **Herr Schmieder** erläuterte noch einmal das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Demgemäß müsste eine Erweiterung des Verfügungsfonds und die Änderung der kommunalen Richtlinie dem Landesverwaltungsamt angezeigt werden. Laut **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, kann dies jedoch nur maßnahmebezogen passieren und nicht pauschal.

Nach Ansicht **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, besagt das Schreiben des Landesverwaltungsamtes, dass der Stadt die Verteilung der Fördermittel freigestellt ist. Eine entsprechende, vom Stadtrat beschlossene Satzung gibt die förderfähigen Zwecke vor und ein Vergabegremium entscheidet über die Verteilung der Mittel. Die Fraktion beabsichtige lediglich eine Erweiterung des Fokus von der Zerbster Straße auf das gesamte Fördergebiet. Zudem sei nach **Herrn Meiers** Meinung bereits abseits der Zerbster Straße Geld verwendet worden, wie beispielsweise in der Hobuschgasse.

Darauf entgegnete **Herr Schmieder**, dass Herr Meier das Schreiben des Landesverwaltungsamtes falsch interpretiere. Nicht das Fördergebiet, sondern die kommunale Richtlinie

war zur Bestätigung eingereicht worden. Ein Beschluss, welcher die Inhalte ändern will, ist somit nicht möglich. Es bestehe lediglich die Möglichkeit, eine Änderung des Gebietes beim Landesverwaltungsamt anzuzeigen und genehmigen zu lassen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt verständigten sich darauf, dass eine Umformulierung der Beschlussvorlage erfolgen muss. Folglich wird diese mit einem neuen Punkt 3 versehen, wodurch die Beschlussvorlage vorbehaltlich der Zustimmung der geänderten kommunalen Richtlinie durch das Landesverwaltungsamt zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, geändert bestätigt.

8.10 Verlegung Elberadweg Vorlage: BV/088/2015/LBF/GR

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, gab eine kurze Einführung. Nach seiner Ansicht würde sich eine Verlegung des Radweges positiv auf die Innenstadt auswirken.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte an, dass er eine frühzeitigere Beteiligung der Verwaltung an den Überlegungen begrüßt hätte. Zum einen ist eine Trassenänderung des Elberadweges vom Landesverwaltungsamt genehmigungspflichtig. Zum anderen wurden im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept bereits zwei Varianten für den Elberadweg entwickelt, die ebenfalls eine stärkere Einbindung der Innenstadt berücksichtigten. Der Vorschlag der Fraktion würde zu diesen in Konkurrenz stehen. Weiterhin wünschte sich **Herr Hantusch** eine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Besonders wichtig waren dem Einreicher die Berücksichtigung der 3 wichtigsten touristischen Ziele der Stadt: Markt, Bauhausmuseum und Meisterhäuser. Zudem sei eine Verlegung in die Innenstadt von Bedeutung. Alles andere halte man für wenig sinnvoll, so **Herr Fackiner**. Der tatsächliche Verlauf ist diskutabel.

Eine Prüfung innerhalb der Verwaltung hatte ergeben, dass einige Abschnitte der vorgeschlagenen Wegführung nicht ausreichend baulich ertüchtigt sind, um einen „Premiumradweg“ dort verlaufen zu lassen, so **Herr Hantusch**. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, unterstützte diese Ansicht dahingehend, dass der Grundsatz der stärkeren Einbindung der Innenstadt bereits im Radverkehrskonzept enthalten sei. Dies halte er vorerst für ausreichend. Die Route müsste verwaltungsintern noch intensiv geprüft werden.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, bat darum, die politische Willensäußerung zu berücksichtigen. Die Umsetzung bleibe weiterhin der Verwaltung überlassen.

Da sich die Mitglieder nach eingehender Diskussion darauf einigten, dass die Verlegung durch die Innenstadt vorrangig sei, wurde der Punkt 2 der Beschlussvorlage durch die Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen zurückgezogen. Der Vorsitzende stellte die Vorlage geändert zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, geändert bestätigt.

8.11 Umgestaltung Kavalierstraße - 1. Bauabschnitt **Vorlage: BV/091/2015/StR**

Herr Maurer, Tiefbauamt, stellte die Vorgaben der Fraktionsmitglieder der bereits vorhandenen Vorplanung gegenüber. Kritisch wurden insbesondere der gehemmte Verkehrsfluss, die Verknüpfung von Querungs- und Stellflächen und der Standort der Zentralhaltestelle gesehen, wie durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, und **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, verdeutlicht. Aus der Sicht **Herrn Maurers** seien jedoch viele der Punkte bereits sauber und vollständig im derzeitigen Planungsstand enthalten. Er äußerte deshalb sein Unverständnis darüber, warum diese Themen erneut aufgegriffen und durch Prüfaufträge in Frage gestellt wurden. Es wurden intensive Verkehrsbeobachtungen und –simulationen vorgenommen, die gezeigt hatten, dass Verkehrsrückstau nicht zu befürchten ist.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erläuterte noch einmal, dass es den Fraktionen lediglich darum ginge, am Prozess beteiligt zu werden und sachlich eine gemeinsame, für alle akzeptable Lösung zu finden. **Herr Maurer** zeigte dafür volles Verständnis, er sehe aber auch die Pflicht der Verwaltung, auf Schwierigkeiten hinzuweisen. Natürlich akzeptiere er die Meinung des Stadtrats, allerdings wäre die gesamte Vorplanung hinfällig, sollten alle Vorschläge der Beschlussvorlage Berücksichtigung finden. Die Planung basiere bereits auf Stadtratsbeschlüssen, an denen man sich orientiert hatte.

Herr Meier kritisierte auch das aus seiner Sicht geringe Ausmaß der Bürgerbeteiligung. Dies lehnte **Herr Maurer** entschieden ab. Bereits im April 2013 hatte eine öffentliche Veranstaltung als flankierende Maßnahme für die Offenlegung stattgefunden. Ebenso hatte es eine Abwägung gegeben, die im politischen Raum bestätigt wurde.

Niemand wolle das Projekt gefährden, so **Herr Schönemann**. Aufgrund der neuen politischen Konstellation gebe es jedoch auch neue Ansichten und dementsprechend Diskussionsbedarf. Dies wurde auch durch **Herrn Otto** bestätigt.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, schloss sich der Meinung **Herrn Maurers** an, dass der Eindruck entstehe, dass Grundsatzbeschlüsse in Frage gestellt werden. Die Aufwertung der Kavalierstraße müsse so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Zudem seien die Kapazitäten der Verwaltung zu begrenzt, um alles zu überarbeiten.

Erneut verwies **Herr Meier** auf die Notwendigkeit einer stärkeren Bürgerbeteiligung, um eine allgemeine Akzeptanz für das Projekt zu erreichen – vor allem vor dem Hintergrund, dass die Planung schon im Mai vergeben werden soll. In diesem Zusammenhang wies **Frau Jung, Tiefbauamt**, noch einmal darauf hin, dass das VOF-Verfahren zur Ausschreibung der Ingenieurleistung ein stufenweises Verfahren ist. Das ausgewählte Büro müsse auf der bisherigen Planung aufbauen. Im Zuge der einzelnen Stufen wird auch immer wieder die Öffentlichkeit beteiligt werden. Diese Beteiligung wird akteursbezogen sein, so **Herr Hantusch**.

Nach eingehender Diskussion stellte **Herr Schönemann** fest, dass ein Überarbeitungsbedarf für die Beschlussvorlage bestehe. Dies könnte man in einen gesonderten Termin besprechen. Eine solche Besprechung müsse jedoch sehr zeitnah erfolgen, so **Herr Meier**. Man einigte sich auf einen Gesprächstermin am 24.04.2015, 14:00 Uhr im Rathaus Dessau. Die Beschlussvorlage wurde zunächst zurückgestellt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 21:20 Uhr geschlossen.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:25 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 07.05.15

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Schriftführer